

WENDE ZEIT



ZEITUNG ZU HINTERGRÜNEN AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT



AfD-Vorsitzender Tino Chrupalla im Interview

Seite 2 mit Dr. Rainer Rothfuß, MdB



Unwort: „Kriegstüchtig!“ - wie die Nationalsozialisten?

Seite 4 von Rainer Rupp



Nord Stream-Sprengung
Vertuschung als Staatsinteresse?

Seite 7 von Sebastian Schulze

Wehrdienst? Aber auf keinen Fall jetzt!

MEINUNG DES HERAUSGEBERS Wehrdienst ist erst dann vertretbar, wenn Deutschland eine konsequent friedensfördernde und deutschen Interessen dienende Regierung bekommen hat.

von Dr. Rainer Rothfuß, MdB, Bautzener Friedenspreisträger 2018

Verteidigungsminister Pistorius hatte bereits 2023 nicht davor zurück geschreckt, mit Goebbels-Vokabular die Stärkung der Bundeswehr zu fordern: „Wir müssen KRIEGSTÜCHTIG werden. Ich weiß, das klingt hart.“ Über viele Jahre hinweg haben sich die NATO-Staaten Russland gezielt zum Gegner gemacht, statt sich einem gesamteuropäischen, ja sogar eurasischen Integrationsprozess zu öffnen. Freilich ist dieser nicht im geopolitischen Interesse der USA. Jetzt dient Russland als einziges Argument, die Bundeswehr zur größten konventionellen Armee Europas hochzu-

rüsten, so das absurde Ziel von Merz. Russland muss als Argument herhalten um dem Bürger so tief wie nie in die Tasche zu greifen zum Ankurbeln der selbst-verschuldet lahmen Wirtschaft über die Rüstungsindustrie, ja sogar um die Jugend unseres Landes über die geplante Wehrpflicht Stück für Stück in die völlig verfehlte Sicherheitspolitik der Bundesregierung hineinzuziehen. Anfang 2026 wollen Merz und Pistorius 700.000 junge Männer und Frauen im Land anschreiben. Die Beantwortung der gestellten Fragen ist für alle jungen Männer verpflichtend, ab dem 1. Juli 2027 dann auch die Musterung. Das ge-



plante Losverfahren ist ungerecht, ja unverschämt. Es gibt gute Gründe für eine Wehrpflicht, aber wer auf Waffen statt Friedensdiplomatie setzt, der bekommt unsere Kinder nicht.

Wir als AfD wollen keinesfalls, dass unsere junge Generation unter der Kopflosigkeit aktueller NATO-Außenpolitik leiden soll. Eine eigenständige deutsche Außenpolitik gibt es ja seit Jahrzehnten nicht mehr. Merz spielt mit seinen Drohszenarien gegenüber Russland frei nach Belieben. Unsere Jugend soll nicht sein Faustpfand werden, mit dem er Drohung statt Diplomatie betreiben kann.

Müssten die Politiker selbst in den Krieg, gäbe es keinen

von Dr. Michael Böhm

Die Bereitschaft zum Dienst an der Waffe ist unter den Deutschen nicht gerade ausgeprägt. Deutschland sollte seine Stärke wieder in der bewährten Friedensdiplomatie suchen.

Eine Forsa-Umfrage im März 2025 für die Sender RTL und ntv ergab, dass nur 17 Prozent der Deutschen bereit wären, für die Verteidigung Deutschlands

Dienst an der Waffe zu leisten.

Im April 2025 erklärten sich in einer YouGov- und Sinus-Umfrage lediglich 20 Prozent der Deutschen dazu bereit, das Land als Soldat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. 64 Prozent der Befragten lehnten dies ab.

Immerhin 59 Prozent der Befragten äußerten die Sorge, es könnte demnächst ein Dritter Weltkrieg ausbrechen.

Ukraine-Friedensverhandlungen: CDU RÄT TRUMP, SEIN WAHLVERSPRECHEN DOCH EINFACH AUCH ZU BRECHEN.



„Trump lasse sich zu sehr von der Vorstellung leiten, er müsse sein Wahlversprechen einhalten und den Krieg schnell beenden, sagte Hardt.

[...] ein Diktatfrieden für die Ukraine richte sich ‚massiv gegen deutsche Interessen‘ – gegen die Interessen der deutschen Waffenindustrie?

Quelle: Münchener Merkur, 26.04.2025

Marktanteil am weltweiten Export konventioneller Waffen von 2020 bis 2024

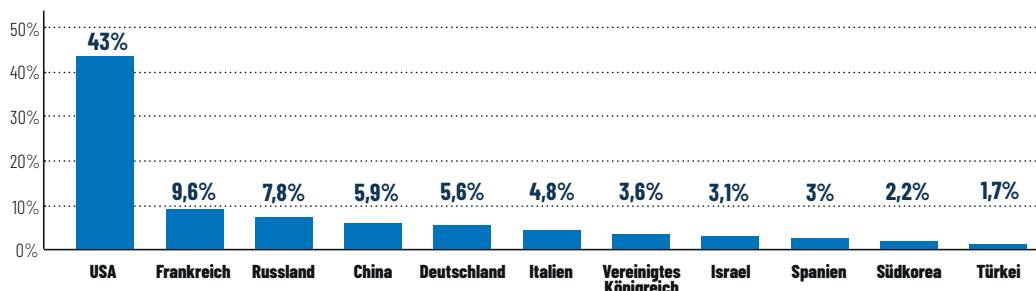




Foto: Tino Chrupalla

ZUR PERSON

Tino Chrupalla ist seit 2019 AfD-Bundessprecher sowie seit 2021 gemeinsam mit Dr. Alice Weidel Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion.

Sehr geehrter Herr Chrupalla, Sie haben gemeinsam mit Ihrer Co-Vorsitzenden Dr. Alice Weidel die AfD auf Erfolgskurs geführt und das Wahlergebnis am 23. Februar 2025 gegenüber 2021 verdoppelt auf 20,8 Prozent. Dieser Zuspruch zeigt, dass immer mehr Menschen verstehen, was auf dem Spiel steht.

Ist der Aufstieg der AfD auch Ausdruck der Sorge der Deutschen um den Frieden in Europa, über die mögliche Eskalation des seit 2014 schwelenden Ukraine-Kriegs?

Sicher. Eine INSA-Befragung im Auftrag unserer Bundestagsfraktion hat gezeigt, dass die Bürger den Krieg als größte Bedrohung für Deutschland betrachten. Bei Frauen ist die Kriegsdrohung deutlich die Sorge Nummer 1. Während die anderen Parteien von Kriegstüchtigkeit und Ostflanke schwadronieren, reden wir über den Frieden. Als Friedenspartei und Friedensfraktion sind wir erfolgreich.

Erste Umfragewerte sagen ja schon sechs Wochen nach der Wahl die AfD vor der CDU.

„Beim Frieden gibt es keine Kompromisse“

Tino Chrupalla über den Kriegskurs von Merz und wie die AfD den Frieden in Europa sichern will.

Interviewgespräch mit Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Friedrich Merz hat seine Wahlversprechen gebrochen. Er hatte dem Wähler die Einhaltung der Schuldenbremse und eine Kehrtwende sowohl bei der Migrationspolitik als auch bei der Energiepolitik versprochen. Offensichtlich hatte er nie vor, seine Versprechen zu erfüllen. Sonst wäre er keine Koalition mit der SPD eingegangen. Und vorher hat er noch eine Billion Euro Sonderschulden gemacht. Die fließen vor allem in die US-Kriegsindustrie. Und auch in den Ausgaben für Infrastruktur dürfte einiges an Kriegswirtschaft versteckt sein: Brücken panzertauglich machen, Krankenhäuser zu Lazaretten umfunktionieren. Immer mehr Wähler merken, dass es eine bessere Politik nur mit der Alternative für Deutschland geben wird.

Friedrich Merz ist ja mit starken Worten in Richtung Russland zur Wahl getreten.

Auch da hat Merz den Wendehals gemacht. Zuerst hat er am 16. Oktober 2024 im Bundestag den Russen ein Taurus-Ultimatum von 24 Stunden angedroht. Wenige Wochen später hat er dieses Ultimatum gelegnet, weil es beim Wähler nicht gut ankam. Dann wollte Kanzler Merz die Reichweitenbeschränkung für die Ukraine aufheben. Das ist ein Spiel mit dem Feuer! Mit anderen europäischen Staats- und Regierungschefs demonstriert Merz für die Fotografen Einigkeit. Tatsächlich ist der Einfluss der EU auf den Friedensprozess verschwindend gering und nicht gerade konstruktiv. Man sitzt nur am Katzentisch. Mit Sanktionsdrohungen

verspielt man weltweit die letzte Glaubwürdigkeit. Die Rolle des neutralen Vermittlers nehmen andere ein. Etwa die Türkei.

Was würde sich denn durch die Taurus-Lieferung am Kriegsverlauf ändern?

Militärisch gesehen ist Taurus für die Ukraine nutzlos, aber Deutschland riskiert den vollen Kriegseintritt. Man kann die größte Nuklearmacht und das größte Land der Erde nicht besiegen, indem man Ministerien in Moskau oder punktuell Nachschubwege bombardiert. Die weitreichenden Drohnenangriffe haben gezeigt, dass Russland auf jede Offensive der Ukraine entsprechend reagiert. Deswegen begünstigen Waffenlieferungen nur die Eskalation und erschweren die Friedensverhandlungen. Was es braucht, das

sind stabile Friedensgarantien für einen echten Langzeitfrieden. Das Minsker Abkommen hatte den Zweck, für die Ukraine Zeit zur Aufrüstung zu erkaufen. Das haben die frühere Kanzlerin Merkel und Frankreichs Ex-Präsident François Hollande öffentlich eingeräumt. Da ist es nachvollziehbar, dass Russland nur für einen dauerhaften Frieden die Waffen strecken will.

Im April 2022 hätte der Ukraine-Krieg schon beendet werden können.

In Istanbul hatten sich die Ukraine und Russland offenbar auf Friedensbedingungen geeinigt. Dann fuhr Ex-Premierminister Boris Johnson nach Kiew und forderte die Ukrainer dazu auf weiterzukämpfen, wie berichtet wird. Hunderttausende Menschen sind gestorben. Die Russland-Sanktionen haben die Beziehungen zwischen unseren Ländern stark beschädigt und den deutschen Bürgern schwer geschadet. Die Energiepreise haben sich vervielfacht. Wir zahlen 12 Cent für die Kilowattstunde Gas, die Amerikaner nur zwei Cent. Die Deindustrialisierung unseres Landes ist eingeleitet. Der Anschlag auf Nord Stream hat die Lebensader unserer Indus-

trie durchschnitten. Und weder die Ampel-Koalition noch die aktuelle „Kleine Koalition“ unternehmen etwas, um die Hintergründe aufzuklären.

Unsere Bundestagsfraktion hat im Bundestag einen Untersuchungsausschuss beantragt.

Ja, ich habe die Forderung als erster erhoben. Wir haben den Antrag als erste Fraktion gestellt. Und wir haben auch das BSW unterstützt, als es unsere Forderung kopierte. Wir kennen keine Partei- oder Fraktionsgrenzen, wenn es um deutsche Interessen geht. Wir kennen auch kein Tabu, was mögliche Szenarien betrifft. Das Szenario mit der ukrainischen Segeljacht ist eine Möglichkeit. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban hat den Verdacht geäußert, dass die USA hinter dem Anschlag stecken. Dabei pflegt Orban selbst beste Beziehungen nach Amerika. Und US-Präsident Donald Trump hat auf die Nachfrage des Journalisten Tucker Carlson nach einer US-Täterschaft vielsagend eine Antwort verweigert. Er sagte: „Ich will unser Land nicht in Schwierigkeiten bringen, deswegen beantworte ich die Frage nicht.“ Wir werden die Frage aber weiter aufwerfen. Wir wollen eine Antwort. Und wir werden dafür sorgen, dass die Schuldigen und die Mitwisser zur Verantwortung gezogen werden. Egal wer.

Was soll mit Nord Stream nun geschehen?

Die Situation ist völlig offen. In den vergangenen Monaten wurde diskutiert, ob die USA uns mit russischem Gas aus Nord Stream versorgen. Das wäre zwar eine Schmach für unser Land, würde aber unsere Energieprobleme teilweise lösen. Mit den stockenden Friedensverhandlungen ist diese Lösung aber außer Reichweite. Die EU hat Nord Stream für immer verboten. Und Kanzler Merz unterstützt seine Parteifreundin Ursula von der Leyen auch noch bei diesem Angriff auf die deutsche Souveränität. Wir bleiben bei unserer Linie: Der Gasimport muss durch Deutsch-

land wieder aufgenommen werden. CDU-Vizechef Michael Kretschmer hat sich dieser Linie ja kürzlich wieder angeschlossen. Ich begrüße diese Stimme der Vernunft aus Sachsen. Nur wollen wir diesmal unsere Nachbarn im Osten vom günstigen Gas profitieren lassen. Polen und Tschechien sollen merken, dass auch sie etwas haben von guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Wir bieten Gas für fünf Cent!

Bei all dem Säbelrasseln, ist es da nicht unverantwortlich, genau zu diesem Zeitpunkt die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu fordern?

Man muss ganz klar sehen, dass die Forderungen nach Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, nach Kriegstüchtigkeit und Aufrüstung mit einem Kriegsszenario gegen Russland verbun-

tisch und für Neutralität. Auch das gilt es zu berücksichtigen. Was den Rahmen der Verteidigung betrifft, sind die Ansichten zwischen NATO, europäischer Verteidigung und Neutralität ungefähr geteilt. Auch wenn vor allem unsere Wähler eine europäische Verteidigung kritisch sehen, müssen wir verschiedene Szenarien auf ihre Tragfähigkeit abklopfen. Das erwarte ich von unseren Verteidigern.

Zur Zeit wird debattiert, ob Deutschland noch Waffen an Israel liefern soll. Friedrich Merz hat gesagt, dass sich Gewalt gegen die Zivilbevölkerung „nicht mehr mit einem Kampf gegen den Terrorismus der Hamas begründen“ lasse. Wie sollen wir uns positionieren?

Ich habe früh mein Mitgefühl mit allen Kriegstoten ausgedrückt. Dafür



den sind. Deswegen war ich da immer vorsichtig. Nichtsdestotrotz muss die Bundeswehr verteidigungsfähig sein. Das Beschaffungswesen muss auf den Prüfstand. Wir brauchen einen realistischen Langfristplan und müssen fragen, was die Aufgabe der Bundeswehr in Zukunft sein muss. Mit der Dienstpflicht für alle haben wir vor der Bundestagswahl einen guten Kompromiss in der Partei gefunden. Für diesen Kompromiss, mit dem die Verbände im Westen und im Osten gut leben können, habe ich mich eingesetzt. Ich habe anfangs die INSA-Befragung unserer Bundestagsfraktion erwähnt. Die Ergebnisse zeigen: Gerade junge Wähler sehen die Wehrpflicht eher kritisch. Bei jungen Wählern haben wir aber die stärksten Zuwächse. Unsere Wähler sind insgesamt NATO-kri-

musste ich mir auch Kritik gefallen lassen. Heute bin ich mehr denn je davon überzeugt, dass diese Unparteilichkeit richtig gewesen ist. Auch dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Israel darf sich natürlich verteidigen. Aber Gaza zu zerstören und zu entvölkern, geht über Selbstverteidigung hinaus. Das hat Kanzler Merz zu Recht angeprangert. Über 60.000 Tote, mehr als zwei Drittel davon Frauen und Kinder. Wie soll das zu rechtfertigen sein? Die Bilder von hungernden, schwer verletzten oder toten Kindern können keinen Vater und keine Mutter kalt lassen. Die Attacken auf Helfer und Journalisten dürfen nicht stillschweigend geduldet werden. Beleidigungen und Hetze gegen Juden auf deutschen Straßen sind zu verfolgen und zu bestrafen. Aber nicht jeder, der gegen Is-

raels Krieg in Gaza auf die Straße geht, ist ein Antisemit. Ich würde mir in der Debatte manchmal mehr Augenmaß wünschen. Was Waffenlieferungen angeht, bleibt unsere Position: Nein zu Waffen in Kriegsgebiete!

In manchen Zeitungen hieß es: In der Partei wünschen sich manche, dass Sie sich weniger mit Außenpolitik und mehr mit Wirtschaft, Handwerk und Mittelstand beschäftigen sollten. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Für mich sind Wirtschaft und Außenpolitik nicht getrennt zu betrachten. Ich führe viele Gespräche mit Handwerkern, mit mittelständischen Unternehmern – in Sachsen und ganz Deutschland. Und ich höre immer dasselbe: Die Sanktionspolitik macht unser Geschäft kaputt. Die abwegigen Lieferkettenregelungen erstickten uns mit Bürokratie. Wir wissen nicht, wann der Konflikt mit China unsere Lieferketten von dort unterbricht. An der Außenpolitik hängen ganze Transportwege, Korridore. Die Wirtschaft ist längst global vernetzt. Und wir dürfen nicht glauben, dass wir eine grundfalsche Außenpolitik tolerieren und uns auf Einzelthemen wie Migration oder Abgabenlast konzentrieren können. Dafür hätten unsere anspruchsvollen Wähler nicht das geringste Verständnis. Und mit unserer Strategie der vergangenen Jahre haben wir als Partei einiges erreicht. Wir haben heute die besten Kontakte und den besten Ruf im Osten ebenso wie im Westen. Darauf lässt sich aufbauen.

Aber sind wir mit dem Thema der Migration nicht stark geworden?

Selbstverständlich. Aber die Migration kann doch ebenso wenig von der Außenpolitik getrennt werden. Wie sind denn die ganzen Ströme von Zuwanderern auf den Weg gekommen, aus dem Irak, aus Syrien, aus Afghanistan, aus Afrika? Mit ihren Interventionen haben die USA und ihre westlichen Partner sie auf den Weg gebombt. Mit Gaddafi hat man das letzte Hindernis für die Zuwanderer aus Afrika beseitigt. Und was ist das

Ergebnis? In Afghanistan herrschen die Taliban, in Syrien hat Al-Qaida quasi die Macht erobert. Diese Politik ist gescheitert. Und wir können die Massenmigration nur eindämmen, wenn Flüchtlinge in ihrer Heimatregion sicher sind. Statt in Syrien darauf einzuhören, rollen westliche Regierungen dem Terror-Machthaber den roten Teppich aus, nachdem sie Präsident Assad mit Sanktionen belegt hatten. Ob man diplomatische Kontakte knüpft, darf nicht länger von gemeinsamen Werten abhängen. Nur wenn man mit allen redet, kann man auch auf alle einwirken. Das müssen wir wieder lernen.

Wir sind diesmal mit über 150 Abgeordneten im Bundestag vertreten. Trotzdem verweigert man uns weiter Ämter und einen angemessenen Sitzungssaal. Wie gehen wir damit um?

So schwer es manchmal auch fallen mag, wir müssen Ruhe bewahren und geduldig bleiben. Der Wähler goutiert nicht, wenn die anderen Fraktionen sich an ihre Pfründe klammern und unfair mit uns umgehen. Die Bilder vom überfüllten Sitzungssaal sprechen für sich. Natürlich ergreifen wir rechtliche Schritte, wo immer es sich anbietet. Wir haben über zehn Millionen Wähler. Das ist unsere Stärke. Diese Wähler erwarten nicht nur, dass wir in angemessenen Räumen tagen, dass wir im Bundestagspräsidium sitzen oder Ausschüssen vorsitzen. Sie erwarten, dass wir an der Regierung die Wende zum Guten herbeiführen. Darauf müssen wir hinarbeiten. Dazu gehört allerdings auch, höflich und verhandlungsbereit zu bleiben. Deswegen plädiere ich für Entschiedenheit in der Sache und Mäßigung im Ton.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg beim gemeinsamen Aufbau einer neuen Friedensordnung. Wenn wir durch Diplomatie und normalisierte Beziehungen zu Russland viele Milliarden an Rüstungsausgaben vermeiden können, dann profitiert auch der eh schon bis ans Limit geschröpfte deutsche Steuerzahler.

„Kriegstüchtig“ wie die Nationalsozialisten?



Foto: Sandro Halank / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0 (freigestellt)

von Rainer Rupp

Im Bundestag und in Fernsehinterviews forderte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ und „wehrhaft“ werden. Dafür müsse die Bundeswehr sowie die Gesellschaft als Ganzes wieder entsprechend aufgestellt werden. Im Eifer der neuen, „Zeitenwende“ in Richtung Krieg bediente er sich sogar am Sprachschatz des einstigen Propagandaministers der Nazi-Diktatur, der vor und während des Zweiten Weltkriegs ständig die „Kriegstüchtigkeit“ und die „Wehrhaftigkeit“ des deutschen Volkes beschworen hatte. So erschien z.B. am 9. Juli 1944, als die Niederlage der Wehrmacht bereits nicht mehr aufzuhalten war, auf der Titelseite der

Nazi-Wochenzeitung „Das Reich“ ein Leitartikel aus der Feder von Dr. Joseph Goebbels mit der Schlagzeile „Kriegstüchtig wie nur je“. Darin beschwört er die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands und verlangt, alle Kräfte der „Nation“ (Gesellschaft) für den „Sieg“ gegen Russland zu mobilisieren.

Goebbels: „Kriegstüchtig wie je!“

Sind diese auffälligen Parallelen zu heute rein zufällig? Verfolgt die herrschende Klasse heute wieder ähnliche Ziele gegen Russland? Ende 2023 veröffentlichten Pistorius und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023, die laut Kritikern

als Blaupause für einen „totalen Krieg“ gesehen werden könnten. In diese Richtung würde auch die Nationale Sicherheitsstrategie weisen, die bereits im Juni 2023 veröffentlicht wurde. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen wieder auf Krieg ausgerichtet werden. Deutsche Soldaten und Zivilisten sollen wieder ideologisch darauf vorbereitet werden, für „unsere Demokratie“, also für die geopolitischen Interessen der herrschenden Eliten, zu sterben. „Unsere Wehrhaftigkeit erfordert eine kriegstüchtige Bundeswehr“, heißt es gleich im ersten Abschnitt des Papiers. Das bedeutet, „dass ihr Personal und ihre Ausstattung auf die Wahrnehmung ihrerfordernden Aufträge ausgerichtet sind“. Maßstab hierfür



Foto: Archivauflnahme der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Das Reich“

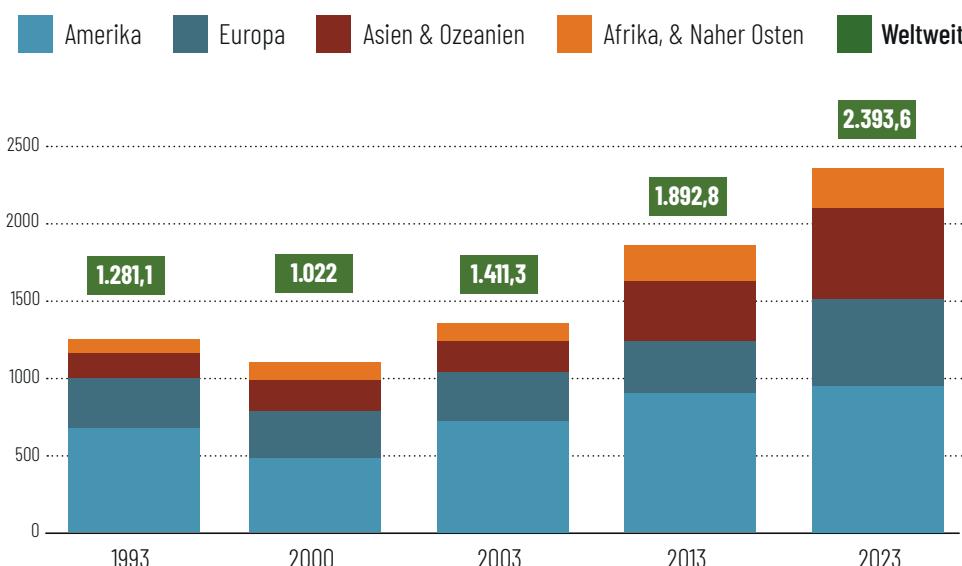
sei „jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht“. „Hochintensiv“ ist ein Codewort für massenhafte Verluste! Weiter heißt es im Text, dass „wir“ die Auseinandersetzung mit einem „mindestens ebenbürtigen Gegner ... nicht nur gewinnen wollen, sondern wir müssen“. Ein weiteres zentrales Ziel lautet: „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“. Deutschland brauche „Soldatinnen und Soldaten, die den Willen haben, unter bewusster Inkaufnahme der Gefahr für Leib und Leben das Recht und die Freiheit des deutschen Vol-

Im Zweiten Weltkrieg legte die herrschende Klasse Deutschlands Europa in Schutt und Asche.

kes tapfer zu verteidigen“. Das sagt alles. Seither hatte es kein Politiker mehr gewagt, so offen über Krieg, Sieg und Tod auf dem Schlachtfeld zu sprechen wie jetzt Pistorius und Co. Da passt dazu, dass die aktuelle Bundesregierung unter Merz Deutschland wieder zur führenden europäischen Militärmacht hochrüsten will. Lautet das Motto jetzt: „Nie wieder Krieg... ohne Deutschland“?



Weltweite Militärausgaben steigen um 134 % seit 2000



Buchempfehlung

Ein erschütternder Bericht über Krieg, Vertuschung und die tödlichen Folgen moderner Kriegsführung.

Im Jahr 1999 griff die NATO die Bundesrepublik Jugoslawien an – unter dem Deckmantel einer humanitären Intervention. Was blieb, sind nicht nur zerstörte Städte und traumatisierte Menschen, sondern ein kaum beachtetes giftiges Erbe: der Einsatz von Uranmunition.

Dr. Srđan Aleksić dokumentiert mit juristischer Präzision und menschlicher Tiefe die bis heute anhaltenden Folgen dieser Uranverseuchung.



Bestellung:
woerner-medien.de

Nach dem Ende des Kalten Krieges löste sich der Warschauer Pakt 1991 als jahrzehntelanger militärischer Gegenspieler der NATO auf. Der Ost-West-Konflikt schien Geschichte zu sein. Der friedliche Abzug aller Sowjettruppen aus dem Gebiet der DDR und die deutsche Wiedervereinigung 1990 waren mit dem Versprechen ausgehandelt worden, die NATO „nicht einen Inch“, so US-Außenminister James Baker im Beisein seines deutschen Amtskollegen Genscher am 2. Februar 1990 in Washington, über das bisherige Bündnisgebiet hinaus den Osten zu erweitern. Dies war wohl eine taktische Lüge, ein leider nicht ganz unübliches Instrument der Politik: Keine zehn Jahre später startete die NATO-Osterweiterung 1999 um bislang 16 Staaten,

14 davon frühere Mitglieder des Warschauer Pakts. Selbst Georgien und der Ukraine wurde die NATO-Mitgliedschaft 2008 in Bukarest in Aussicht gestellt. Die Ukraine gab dem NATO-Beitrittsziel sogar Verfassungsrang.

Souveräne Staaten können ihre Bündnisse frei wählen. Das ist ein Prinzip des Völkerrechts. Aber ein Verteidigungsbündnis muss sie nicht aufnehmen. Die NATO hingegen wollte in neutrale Pufferstaaten hinein expandieren, statt deren Status zur Sicherung des Friedens zu bewahren.

Dass sich Russland bedroht sieht durch die NATO-Erweiterung an seine Grenzen heran, musste die Geostategen des Westens früher nicht interessieren.

Denn Russland war durch den Zerfall der Sowjetunion lange Zeit wirtschaftlich und militärisch geschwächt. Doch im Ukraine-Konflikt ab 2014 und im Setzen auf eine militärische statt einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Kriegs hat sich die

NATO: Tödliches Diplomatieversagen



Der NATO-„Stellvertreterkrieg“ in der Ukraine gegen Russland war gewollt. Wie eine Unterschrift Joe Bidens für ein von Wladimir Putin vorgeschlagenes Sicherheitsabkommen im Dezember 2021 den Tod Hunderttausender Soldaten sowie das Zerbrechen Europas ab Februar 2022 hätte verhindern können. Das 21. Jahrhundert erfordert eine neue Sicherheitspartnerschaft.

von Dr. Rainer Rothfuß, ehem. Professor für Geopolitik, Universität Tübingen

NATO aus heutiger Sicht fatal verkalkuliert.

Am 17. Dezember 2021, also gut drei Monate vor Kriegsbeginn, legte die russische Regierung der amerikanischen einen „Vertrag über Sicherheitsgarantien“ vor, um auf dem Verhandlungsweg einen Krieg dauerhaft zu verhindern. Er sah eine Beendigung der NATO-Osterweiterung vor, zudem eine dauerhafte Neutralität der Ukraine nach Schweizer Vorbild. Die USA sollten sich dazu verpflichten, keine Militärbasen in Nicht-NATO-Mitgliedstaaten einzurichten, die zum früheren Gebiet der Sowjetunion gehörten. Es sollten beidseitig keine Kurz- und Mittelstreckenraketen stationiert werden, die eine wechselseitige Bedrohung darstellen. Putin wollte die grenznahen Manöver beschränken und eine Notfallnummer zur Konfliktbeilegung ein-

richten.

Wie auf der Webseite der NATO bis heute ersichtlich, erklärte der damalige Generalsekretär Jens Stoltenberg am 7. September 2023 dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EU-Parlaments voller Stolz: „Natürlich haben wir das nicht unterschrieben.“ Russland hätte nach der Feststellung des NATO-Generalsekretärs keinen Krieg gegen die Ukraine geführt, wäre das Abkommen von den USA unterzeichnet worden.

Stoltenberg zufolge zog Russland in den Krieg, um die NATO-Osterweiterung auch noch in die Ukraine hinein abzuwenden. Putin sah sich zudem unter Druck, den ukrainischen Beschuss der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass zu stoppen, in dessen Zuge von 2014 bis 2022 laut UNO über 14.000

Menschen zu Tode kamen.

Im Ukraine-Krieg sind Hunderttausende Menschen gestorben, viele Millionen mussten fliehen. Diplomatie war nicht erwünscht.

Wie würden wohl die USA reagieren, wenn China in Mexiko vergleichbare militärische Pläne verfolgen würde? Nicht auf dieses sicherheitspolitisch nachvollziehbare Bedürfnis Russlands einzugehen und den Krieg zu riskieren, sieht Stoltenberg als beste Entscheidung im NATO-Interesse einer fortgesetzten Osterweiterung durch Finnland und Schweden: „Er [Putin] bekam genau das Gegenteil. Er hat mehr NATO-Präsenz im östlichen Teil der Allianz

bekommen.“

Doch NATO-Expansionsismus darf nicht mit Sicherheit für die Bürger der Mitgliedstaaten verwechselt werden. Das Pulverfass wird nur leichtsinnig vergrößert. Die NATO ist ein Auslaufmodell des 20. Jahrhunderts, das ab 1990 nur noch den geostrategischen Expansionsinteressen des Westens diente. Unter Präsident Trump erkennen die USA eine neue multipolare Weltordnung an, die BRICS-Giganten wie China, Indien, aber auch Russland längst zur geopolitischen Realität werden lassen. Merz und die EU geben sich noch bockig als könnten sie alleine den Weltenlauf aufhalten. Jetzt gilt es den Kopf frei zu bekommen vom irrationalen Russlandfeindbild, das die NATO-Medien jahrzehntelang gestreut haben.

Diese muss der globalen Verflechtung und den damit verbundenen Sicherheitsrisiken gerecht werden. Anstelle veralteter Konzepte wie der NATO oder Totgebürgern wie der

Im 21. Jahrhundert ist der Untergang Europas nur abzuwenden, wenn wir wieder Diplomatie vor Waffengewalt stellen und eine neue Sicherheitsordnung aushandeln.

„EU-Armee“ sollte das Ziel einer Sicherheitspartnerschaft aller großen Akteure der nördlichen Hemisphäre treten: USA, Europa, Russland, China und Indien. Diplomatie ebnet den Weg zu Partnerschaft, zu verringerten Sicherheitsrisiken zwischen den größten Atommächten, zu verminderten Rüstungsausgaben und dadurch zu einer für alle Seiten vorteilhaften Friedensdividende: Weniger Milliarden, ja Billionen für Waffen, weniger Steuerlast für Bürger und Unternehmen, stattdessen mehr Ausgaben für zivile, für den Menschen nützliche Zwecke.



“

Wer profitiert vom Frieden und wer profitiert vom Krieg? Nun, die Menschen in der Ukraine profitieren vom Frieden. Die Menschheit profitiert vom Frieden.

Aber wer profitiert dann vom Krieg? Die Superreichen des militärisch-industriellen Komplexes.

Charlie Kirk († 10.09.25)

Vergessenes eigenes Kriegsleid nach 1945

Wer sich an das eigene Kriegsleid erinnert, kann daraus Einsicht und Kraft schöpfen, zukünftige Kriege zu verhindern. Verblasst die Erinnerung an die Grausamkeiten des Krieges generationenbedingt, so wächst die Gefahr erneuter Unachtsamkeit, ja Überheblichkeit und damit die Gefahr, wieder jenen Politikern hinterher zu laufen, die Waffenlieferungen und Kriege als „alternativlos“ verkaufen wollen.

Der besonders kalte Hungerwinter 1946/47 kostete in Deutschland mehrere Hunderttausend Menschen das Leben. In der ebenfalls kriegsgeschwächten Sowjetunion starben zeitgleich bis zu zwei Millionen an Hunger und Kälte. Es gibt für die leidtragende einfache Bevölkerung keine sinnvolle Alternative zur Beendigung von Kriegen durch Diplomatie. Auch heute nicht – in der Ukraine und Gaza.

Leid der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg

ca. 14 Mio. Vertriebene	– 2 Mio. Tote
ca. 7 Mio. Kriegsgefangene	– 1,1 Mio. Tote
ca. 2 Mio. Vergewaltigungen	– 10.000 Tote

„Wertewesten“ hinterfragen: Genozid durch Sanktionen

Dass 564.000 Tote weltweit jedes Jahr durch Wirtschaftssanktionen der USA und der EU zu beklagen sind, gehört zu den am besten gehüteten Geheimnissen westlicher Außenpolitik.

Eine im August 2025 in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift The Lancet veröffentlichte Studie zeigt, dass durch westliche Sanktionen über fünfmal so viele Menschen zu Tode kommen wie durch alle Kriege weltweit. Während westliche Sanktionen von riesigen Staaten wie Russland gut abgedeckt werden können, töten sie in schwachen, von Armut und Krieg gezeichneten Staaten vor allem die besonders verwundbaren jüngsten und ältesten Bevölkerungsgruppen. So seien 51 Prozent der Todesopfer weniger als fünf Jahre alt.

Völkerrechtlich sind Wirtschaftssanktionen nur dann legal, wenn sie von den Vereinten Nationen verhängt werden, um den Frieden zu sichern. EU- und US-Sanktionen zielen in der Regel auf den Umsturz unliebsamer Regierungen. Das christliche Hilfswerk CSI forderte seit vielen Jahren im Namen

syrischer Kirchen die Beendigung der Sanktionen. Durch Einfuhr- und Finanzboykott haben sich die Lage im Gesundheitswesen und der landwirtschaftlichen Produktion Syriens über viele Jahre hinweg so

Die unmoralischen Sanktionen gegen Syrien haben Zehntausende Menschen getötet, jahrelang den Wiederaufbau und die Rückkehr von Millionen von Flüchtlingen verhindert. Erst jetzt, seit der islamis-

In Afghanistan, einem weiteren Land, das für massenhafte Flucht und Migration nach Deutschland steht, leben nicht zuletzt aufgrund von Wirtschaftssanktionen bereits 97 Prozent der Menschen

So können Flüchtlinge kaum noch heimatnah versorgt werden, sondern werden zur Migration nach Deutschland ermutigt, wo ihre Versorgung den Steuerzahler ein Hundertfaches kostet.



sehr verschlechtert, dass die Tagesschau schon am 15. Juni 2020 mit Hungerrevolten gegen Assad rechnete: „Armut und Not machen Syrer mutig“.

tische Terrorableger von Al-Qaida, HTS die Macht im Land - Dank westlicher Hilfe - an sich gerissen hat, wollen die EU und USA die Sanktionen aufheben.

unter der Armutsgrenze. Die Regierung Merz hat im Haushalt 2025 und 2026 zudem die Mittel für weltweite humanitäre Nothilfe um 55 Prozent gekürzt.



Der Abgeordnete Dr. Rainer Rothfuß ist Mitinitiator einer Kampagne der AfD Sachsen-Anhalt, die sich für die Einhaltung des Völkerrechts im Interesse von Menschen stark macht, die in den fast 50 von westlichen Sanktionen betroffenen Staaten in aller Welt leben und leiden.

www.gegensanktionen.de

Tägliche kritische Außenpolitik-Infos auf Deutsch:

www.german-foreign-policy.com

Nord Stream-Sprengung Vertuschung als Staatsinteresse?

Am 26. September 2025 jährte sich der Anschlag auf die Nord Stream-Pipelines zum dritten Mal. Die Bundesregierung schweigt so weit wie möglich zum größten Attentat der Nachkriegsgeschichte auf Deutschlands Infrastruktur. Nur die AfD fordert hartnäckig Aufklärung und Gerechtigkeit.

von Sebastian Schulze

Viele Jahrzehnte lieferte uns unser östlicher Nachbar Russland zuverlässig und zu äußerst privilegierten Preisen Erdgas. Diese umweltfreundliche Energie war Teil des Fundaments unserer Wirtschaft und des Wohlstands am Industriestandort Deutschland.

Das Milliardenprojekt Nord Stream I und II mit insgesamt vier Gasröhren war ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Russland und Deutschland. Kurz nachdem die Meldung des verheerenden Anschlags eintraf, machte sich in Deutschland bedrückendes Schweigen breit. Weder Medien, noch Politik schienen daran interessiert zu sein, wer hinter dem Terror steckte. Nur der polnische Außenminister Sikorski twitterte rasch: „Thank you, USA“.

Dem Zeitungsleser wurde schließlich eine lächerliche „Story“ von einer Segeljacht „verkauft“: Von der kleinen „Andromeda“ aus soll der hochkomplexe Terrorakt von wenigen Einzelpersonen mit mehreren Hundert Kilo Sprengstoff in rund 80 Metern Meerestiefe durch-

geführt worden sein.

Trump über Nord Stream: „Es war nicht Russland“

Zwischenzeitlich waren irre Theorien in Umlauf gebracht worden, dass Russland selbst die Pipeline gesprengt haben solle, die Deutschland günstiges Gas und Russland Reichtum für Jahrzehnte bescheren sollte.

US-Präsident Trump jedoch machte keinen Hehl daraus, dass die USA unter Joe Biden den Anschlag ausgeführt haben könnten: „Ich möchte unser Land nicht in Schwierigkeiten bringen, also werde ich nicht antworten“, sagte er dem Enthüllungsjournalisten Tucker Carlson. „Aber ich kann Ihnen sagen, wer es nicht war: Russland. Es war nicht Russland.“

Damit untermauerte Trump die Aussagen des bekanntesten investigativen Journalisten der USA, Seymour Hersh.

Dieser hatte mit seinem Bericht „How America took out the Nord Stream Pipeline“ für Aufsehen gesorgt. Hersh sagt, dass

er aus höchsten Geheimdienst- und Militärkreisen über die Hintergründe des Anschlags informiert worden sei.

Hersh zufolge spielt das Tauch- und Bergungszentrum der US Navy in Florida eine Schlüsselrolle. Dort trainiert eine Tauch-Eliteeinheit der US-Marine. Die hoch qualifizierten Tiefseetaucher erlernen unter anderem das Anbringen von Sprengsätzen an Pipelines.

Hersh: Eine NATO-Marineübung diente als Ablenkungsmanöver

In Hershs Ausführungen wird von verschiedenen Angriffsszenarien berichtet, die in geheimen Planungen rund um US-Präsident Biden erörtert wurden. Schlussendlich einigte man sich auf den CIA-Vorschlag eines verdeckten Angriffs: Die Sprengsätze sollten bei der jährlich in der Ostsee stattfindenden Militärübung Baltops der NATO heimlich platziert werden. Die Sprengsätze wurden mit einem Zünder versehen, der auf Anweisung



Quelle: Screenshot aus dem YouTube-Video „Tatort Nord Stream – Täter USA“, Kanal: Compact-Magazin, YouTube, [17.12.2022]

von „ganz oben“ jederzeit aktiviert werden konnte. Dies geschah schließlich gut drei Monate nach der NATO-Übung.

Nur die Alternative für Deutschland signalisiert seit Jahren Interesse an der Aufarbeitung des Nord Stream-Anschlags als Akt der „verfassungfeindlichen Sabotage“ nach Paragraph 88 Strafgesetzbuch. AfD-Anträge auf einen Untersuchungsausschuss wurden jedoch stets abgelehnt. Seit den letzten Wahlen liegt die AfD nur noch knapp unter den 25 Prozent der Mandate im Deutschen Bundestag, die erforderlich wären, um auch ohne die Zustimmung anderer Parteien einen Untersuchungsausschuss einzurichten.

Die Altparteien hingegen haben trotz der entstandenen Energienotlage sogar noch die für die Grundlastversorgung unerlässlichen Kernkraftwerke abgeschaltet. Die Union hat ihren im Wahlkampf versprochenen Plan der Wiederinbetriebnahme bereits im Koalitionsvertrag beiderigt.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen legte im 18. Sanktionspaket gegen Russland

fest, dass die Reparatur der drei zerstörten und die Inbetriebnahme der intakten Nord Stream-Röhre auch nach Ende des Ukraine-Kriegs für immer verboten bleiben soll. Der nächste Anschlag auf unseren Wohlstand und den Industriestandort Deutschland.

Video-Empfehlung zu Nord Stream-Sprengung



Tatort Nord Stream – Täter USA

COMPACT-TV
541.000 Abonnenten

Compact TV, der Multi-mediasender des bekannten Magazins, hat auf seinem YouTube-Kanal die Doku „**Tatort Nord Stream**“ veröffentlicht. Eine spannende Zusammenfassung mit **brisanten Informationen**, die Ihnen sonstige Medien verschweigen.

www.youtube.com/user/COMPACTTV

www.compact-online.de

Politikrunden mit Tiefgang „Die Wendezeit“

Die Gesprächsrunde aus dem Deutschen Bundestag wird seit acht Jahren von Sebastian Schulze moderiert.

Während in den öffentlich-rechtlichen Massenmedien kritische Stimmen und Blickwinkel kaum zugelassen werden und AfD-Vertreter nur einen Bruchteil der Präsenz haben, die ihnen laut Wahlergebnissen

zustehen würde, setzt die Wendezeit da mit Ihren Fragen an, wo der Mainstream endet. Sie gibt genau den Menschen eine Stimme, die von den Massenmedien ausgeblendet, ja sogar diffamiert werden.

Die Sendung „Militäroperation Corona?“ enthüllt unbequeme Fakten hinter dem Pandemie-Narrativ.

In den USA ist die Laborentscheidung von Corona durch die „Gain of Function“-Technologie bereits regierungsmäßig anerkannte Tatsache.

Kritisches Hinterfragen von Politik ist spannend und Voraussetzung für jegliche Veränderung.

Die Sendung auf Youtube:
<https://youtu.be/i9LnufavYwA>

US-„Anti-Terror“-Kriege seit 9/11: Millionen Tote und Flüchtlinge

Dr. Michael Böhm

Eine Studie der Brown University in den USA berechnete, dass der weltweite „Krieg gegen den Terror“, der auf die Anschläge des 11. September 2001 folgte, für sie direkte und langfristige Kosten in Höhe von acht Billionen Dollar, also von ganzen 8.000 Milliarden, verursachte.

Diese Rechnung beinhaltet die Kosten für die militärische Infrastruktur, das eingesetzte Kriegsgerät und die amerikanischen Soldaten vor Ort, aber auch Zahlungen an Verbündete im Kriegsgebiet sowie Gesundheitsausgaben und Renten für Veteranen und Hinterbliebene. Nach dieser Rechnung waren im Krieg gegen den Terror bis zum Jahr 2023 fast eine Million direkte Tote in den betreffenden Ländern unter Militärangehörigen, oppositionellen Kämpfern



und Zivilisten zu beklagen. Summiert mit den indirekten Folgewirkungen der US-geführten Kriege, wie etwa durch zerstörte Gesundheitssysteme, kamen bis zu 4,7 Millionen Menschen ums Leben. Die US-Anti-Terror-Kriege haben immense Flüchtlingsströme verursacht, die Europa viel härter als die USA getroffen und wiederum viel Leid und Kosten verursacht haben: Über 38 Millionen, nach jüngeren Schätzungen sogar bis zu 60 Millionen Menschen in Afghanistan, Irak, Pakistan, Jemen, Somalia, den Philippinen, Libyen und Syrien wurden vertrieben,

entweder ins Ausland oder innerhalb ihrer eigenen Länder.

Krieg ist nur für Wenige ein „gutes Geschäft“.

US-Anti-Terror-Krieg in Zahlen

fast **1.000.000**
direkte Tote

bis zu **4.700.000**
in-/direkte Tote

bis zu **60.000.000**
Vertriebene

rund **8.000.000.000.000**
Dollar Kosten

„Spannungsfall“: Drohnentheater für Kriegsangst

Dr. Rainer Rothfuss, MdB

„Cui bono“ – wem nützt es? Diese erste und wichtigste Frage der Politik stellt niemand im „Drohnentheater“. Den Menschen soll Angst eingejagt werden – vor Russland. Der „Spannungsfall“ wäre der Vorhof der Hölle für die Demokratie in Deutschland.

Ohne Angst lassen sich freie Bürger nicht steuern. Der Krieg in der Ukraine ist zu weit weg. Nun müssen tägliche Drohensichtungen herhalten, um die Angst vor der angeblichen russischen Gefahr für Deutschland zu schüren. Bei keiner einzigen Drohne konnte die russische Herkunft nachgewiesen werden. Trotzdem ist sie für Politik und Medien „Fakt“.

Warum wäre die Ausrufung des „Spannungsfalls“ mit Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag

für manche Politiker so attraktiv? Die Meinungs- und Pressefreiheit ließen sich noch mehr einschränken. Die Kriegswirtschaft ließe sich hochfahren. Der Wehrdienst könnte sofort wieder eingeführt werden. Die politischen Freiheiten der AfD, als einzige wirkliche Opposition gegen eine Eskalation der Spannungen mit Russland, ließen sich massiv beschneiden.

Alles zur Wahrung der „Wehrfähigkeit“ Deutschlands? Die von den verantwortlichen Parteien durch schlechte Politik selbst erzeugten Krisen lassen sich nicht mehr vor den Wählern verstecken. Also sucht man den „Schuldigen“, den „Feind“ im Osten. Ein brandgefährliches, die Wähler täuschendes Ablenkungsmanöver. Der Frieden braucht jetzt jede mutige Stimme. Hier ist das „Nie wieder ist jetzt!“ gefragt. Stoppt jegliche Kriegsprofiteure: Jetzt!

WENDE ZEIT

IMPRESSUM

Abgeordnetenzeitung
Dr. Rainer Rothfuss, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-71564
E-Mail: rainer.rothfuss@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oberallgäu
Fabrikstr. 4
87437 Kempten, Sankt Mang

Auflage: 40.000 kostenlose Exemplare

Druck:
A3 OFFSET DRUCK GmbH
Hermann-Schumann-Str. 3
16761 Hennigsdorf

AfD

Jetzt für den Frieden aktiv und Mitglied werden!

www.mitmachen.afd.de



Jetzt kostenlose Exemplare zum Verteilen bestellen:

rainer.rothfuss.wk@bundestag.de

Dr. Rainer Rothfuss

So finden Sie mich:

Meine Veranstaltungen
im Wahlkreisbüro Kempten:
www.rainer-rothfuss.de



Telegram
t.me/rainerrothfuss



YouTube
[DrRainerRothfuss](https://www.youtube.com/DrRainerRothfuss)



Facebook
[Dr.Rainer.Rothfuss](https://www.facebook.com/Dr.Rainer.Rothfuss)



X
[@DrRothfuss](https://twitter.com/DrRothfuss)



TikTok
[@dr.rainer.rothfuss](https://www.tiktok.com/@dr.rainer.rothfuss)



Instagram
[@dr.rainer.rothfuss](https://www.instagram.com/dr.rainer.rothfuss)